

Soziale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine zentrale Orientierungsgröße menschlichen Zusammenlebens und wird vielfach als Schlüsselbegriff gegenwärtiger Zukunftsdebatten charakterisiert. Etwas als gerecht zu bewerten meint zunächst, dass es angemessen oder richtig ist. Eine solche Bewertung beruht auf gesellschaftlich akzeptierten Kriterien. Sie ist nicht deckungsgleich mit dem in Gesetzesform kodifizierten Recht und kein Gerechtigkeitskriterium ist jemals unumstritten. Gerechtigkeit bezieht sich immer auf Verhalten oder Verhältnisse zwischen verschiedenen Menschen bzw. deren spezifische Interessen. Zudem werden Verfahrensweisen des Zustandekommens bestimmter Ergebnisse einer (formalen) Gerechtigkeitsbewertung unterzogen – z.B. im Hinblick auf Unparteilichkeit von Regeln – sowie vorfindliche Resultate, die das Ergebnis bestimmter Praxen sind (materiale Gerechtigkeit). So wird der Umstand, dass ein Fünftel der Weltbevölkerung in den Industrieländern rund vier Fünftel der globalen Ressourcen beansprucht, häufig als ungerecht bezeichnet.

Bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit geht es um Prinzipien der Verteilung von Gütern, Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten. Sie ist insofern eng verbunden mit den ökonomischen Potenzialen zur Wohlstandsmehrung und dem sozialen Rahmen, innerhalb dessen diese organisiert sind. Da es sich bei Prinzipien sozialer Gerechtigkeit sowie darauf begründeten sozialen Verhältnissen um von Menschen gesetzte Regeln handelt, die veränderbar und rationaler Überprüfbarkeit zugänglich sind, stehen sie immer auch im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kämpfen um (→ Gegen-)Hegemonie.

In der Politik geht es darum, wie bestimmte Vorhaben *gerecht* fertig werden können. Seit den 1970er Jahren haben hier vor allem drei Diskurse besondere Wirkmächtigkeit entfaltet. Am Beginn der Krise des Sozialstaats war es vor allem J. Rawls, der mit seiner Theorie der Gerechtigkeit zum Impulsgeber der Debatte wurde. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, so die Quintessenz seines »Differenzprinzips«, sind nur zulässig, wenn sie auch den am schlechtesten gestellten Mitgliedern zugute kommen. Die darin angelegte Legitimation sozialstaatlicher → Umverteilung rief zunächst vor allem Entgegnungen neoliberaler Theoretiker hervor. Da der Markt nicht nach moralischen Aspekten verteile, könnten auch die Ergebnisse nicht an moralischen Maßstäben gemessen werden. Der Begriff »soziale Gerechtigkeit« sei daher eine unsinnige Kategorie. Steuern werden mit Zwangsarbeit verglichen und die Verteilungsfrage für weitgehend obsolet erklärt bzw. zu einem Problem zwischen den Generationen umdefiniert. Im Ergebnis eines

auf Tauscheffizienz verengten Gerechtigkeitsbegriffs erscheint dann der Abbau des Sozialstaates gleichsam als Bedingung der Besserstellung der am wenigsten Begünstigten.

Die kommunitaristischen Konzepte, die vor allem die »neue« Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts beeinflusst haben, sehen als gerecht an, was die Eigenverantwortung stärkt und dazu beiträgt, dass die Regeln der Verteilung sozialer Güter der jeweiligen gesellschaftlichen Wertigkeit dieser Güter entsprechen. Wenn etwa der Markt Erfolg mit viel Geld belohnt, so ist hiernach zu verhindern, dass viel Geld zugleich ermöglicht, andere begehrte Güter zu erlangen, die nach allgemeiner Moralvorstellung aufgrund anderer Kriterien verteilt werden sollten (z.B. politischer Einfluss, Freundschaft o.ä.). Indem aber dem (globalen) Markt die Verantwortung zugewiesen wird, Arbeit und Wohlstand zu schaffen, und dem → Sozialstaat lediglich die nachgelagerte Aufgabe, etwaige Härten abzufangen, wird die individuelle Marktfähigkeit letztlich zur Bedingung von Teilhabe. Diese wird durch stärkere Kontrolle der Bedürftigen und eine Erhöhung des materiellen Existenzdrucks »gefördert und gefordert«. Soziale Gerechtigkeit gerät damit zur abhängigen Variablen nationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Eine Alternative zur Deutung von Gerechtigkeit im Klammergriff des Marktes besteht darin, wieder deutlicher die Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum, zwischen Verteilungsverhältnissen und Teilhabemöglichkeiten hervorzuheben. Denn es ist paradox, dass die Menschheit über ein geschichtlich einzigartiges Potenzial zur Wohlstandsmehrung verfügt, dieser Produktionsapparat sich aber gegenüber der menschlichen Gesellschaft zunehmend verselbständigt und mehr soziale Ausgrenzung hervorbringt. Das Streben nach Gleichheit kann dabei als ein pluraler Ansatz verstanden werden, indem es darum geht, der These von der »produktiven Funktion der Ungleichheit« die Frage nach den sozialökonomischen Voraussetzungen der → Freiheit zur Entfaltung individueller Fähigkeiten und menschlicher Vielfalt entgegen zu halten.

Jörg Reitzig

Zum Weiterlesen

- Grasse, Alexander/Ludwig, Carmen/Dietz, Berthold (Hrsg.) (2006): Soziale Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg, Wiesbaden.
- Möhring-Hesse, Matthias (Hrsg.) (2005): Streit um die Gerechtigkeit. Themen und Kontroversen im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs, Schwalbach/Ts.
- Reitzig, Jörg (2005): Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit. Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen »Neuen Gesellschaftsvertrag« im postfordistischen Kapitalismus, Münster.